

WARUM

NPD



Sie heißen Erwin Sellering und Lorenz Caffier. Sie sind die Abrißbirnen für Anklam und den gesamten ländlichen Raum.

Als SPD-Ministerpräsident und CDU-Innenminister haben sie zu verantworten, daß in der Hansestadt nach und nach alles platt gemacht wird.

Sie haben dafür gesorgt, daß Anklam nicht mehr Kreisstadt ist. Entgegen ihren Versprechungen dürften auch die verbliebenen Verwaltungsarbeitsplätze früher oder später nach Greifswald abwandern. Das Amtsgericht verschwindet, weil sie das so wollen.

Es bleibt lediglich eine Zweigstelle, und das voraussichtlich auch nicht all zu lange. Schulen sind reihenweise geschlossen worden.

Die Schule "Am Stadtwald", die Haupt- und Realschule "Am Steintor", die Grundschule "Am Park", die integrierte Gesamtschule, die Haupt- und Realschule "Südstadt", die Berufsschule und die Nebenstelle Anklam der Berufsschule OVP. Investoren, die sich für Anklam interessieren, wird von oben bedeutet, sie sollten sich doch lieber in Greifswald oder Lubmin umschauen. Schwerin und auch Berlin haben

Anklam abgehakt, seit 1990 schon.

Ein Rettungsschirm für die Arbeitsplätze, die die Stadt zur Wendezeit noch hatte, wurde nicht gespannt.

Den gab es später für die kostbaren Banken. Deshalb gehen die jungen Leute, deshalb sank die Einwohnerzahl von fast 20 000 auf 13 400. Ohne die Eingemeindungen wären es unter 13 000. Das Einzige, was die Herrschenden dazu veranlaßt, Anklam überhaupt noch wahrzunehmen, ist die NPD.

Es macht sie wahnsinnig, daß es da eine Partei gibt, die sich ihnen und ihren volksverachtenden Plänen offen widersetzt. Sie haben einen "Demokratieladen" in der Burgstraße 9 stationiert, dessen Mitarbeiter die Anklamer auf Linie bringen sollen. Durch die Südstadt geistert ein Sozialarbeiter mit dem gleichen Auftrag.

» Weiterlesen auf der nächsten Seite

KOMMENTAR

Postlower Feuerwehr trotz Innenministerium

In Postlow wählte die freiwillige Feuerwehr einstimmig einen neuen Wehrführer. Das paßte der Landesregierung gar nicht. Irgendwelche Spitzel wollten nämlich herausgefunden haben, daß der Mann in einer „rechten“ Kapelle Musik gemacht hätte.

Umgehend wurde seine Absetzung gefordert. Auch der „Nordkurier“ stieg mit einer Kampagne ein. Doch vergeblich. Die Feuerwehrkameraden blieben fest, die Postlower Gemeindevertretung bestätigte die Wahl. Man muß eben nicht jeden Blödsinn mitmachen, nur weil Medien und Politik das so wollen.

Wir leben in einer Zeit, in der sogar Heino als Nazi an den Pranger gestellt wird, weil er mal das Lied „Oh du schöner Westerland“ gesungen hat. Dieses sei bei der Wehrmacht beliebt gewesen. Heino deswegen ein Nazi? Der Postlower Wehrführer ein Nazi? Wegen der falschen Lieder? Das ist einfach nur krank. Wir schlagen vor, in Zukunft auf Nazi-Vorwürfe möglichst melodisch zu pfeifen. Wie man es in Postlow tut.

WUSSTEN SIE SCHON, ...

... daß im Jahr 2012 in Anklam 116 Babys geboren wurden, demgegenüber jedoch 222 Sterbefälle zu verzeichnen waren? Somit starben im Jahr 2012 in der Stadt mehr Menschen, als geboren wurden. Eine Besserung der Verhältnisse im Jahr 2013 ist bisher nicht zu verzeichnen. Die Einwohnerzahl der Stadt Anklam ist seit Jahren rückläufig, mit Stand vom 30.06.2013 betrug diese 12 872 Personen (ohne Eingemeindungen). Im Jahr 2011 waren es noch 13 347 Einwohner.

statistik-mv.de ■ ■ ■

» Fortsetzung von Seite 1

In der Steinstraße 10 sitzt ein "Regionalzentrum für demokratische Kultur in Anklam".

Vom Bund kommen circa 120 000 Euro, um das Bahnhofsgebäude in ein linksextremes Zentrum gegen Rechts auszubauen, das sich "Demokratiebahnhof Anklam" schimpft.

Ohne die NPD wäre Anklam in den Augen der Schweriner Landesregierung eine Stadt, die sich nicht wehrt und um die man sich nicht weiter kümmern muß.

Es bringt wenig, Unterschriften gegen die Schließung

des Amtsgerichtes zu sammeln. Sollte die notwendige Anzahl zusammenkommen, werden Selling und Caffier lobende Worte für so viel demokratisches Engagement finden und das Bürgerbegehren dann im Parlament eiskalt abschmettern.

Für sie gibt es nur noch die "Leuchttürme" in unserer Region, zu denen nach ihrer Meinung Anklam nicht gehört. Anklam muß ihnen lästig fallen. Es muß ihnen Ärger machen und Widerstands- und Kampfgeist zeigen. Das geht nur mit der NPD. Im Landtag haben alle NPD-Abgeordneten immer für Anklam gestimmt, in der

Kreisstadtfrage genauso wie beim Amtsgericht. Es waren nur leider noch nicht genug. Je stärker die NPD in der Hansestadt ist, desto stärker auch der Druck auf Selling und Caffier. Ein sehr gutes Ergebnis bei der Kommunal-

und Europawahl könnte sogar das Amtsgericht noch retten.

Brave Städte erreichen gar nichts. Rebellische schon. **Deshalb am 25. Mai alle Stimmen für die NPD!**

IHRE KANDIDATEN FÜR DIE STADTVERTRETUNG



ADE, WAS NICHT NIET- UND NAGELFEST IST

Schreib' doch lieber ein Gedicht über die schöne Landschaft in Polen, über nette Leute dort oder über günstige Einkaufsmöglichkeiten, statt über die schlimme Sache. Außerdem klauen nicht nur Polen. Es ist alles eine Frage des Wohlstandsgefälles. Wenn es den Leuten drüben in 15 Jahren vielleicht auch so gut geht wie uns, hört die Klauerei auf.

Solange will ich nicht warten, jetzt will ich das Schlimme benennen, ihr Beschöniger, ihr Wegseher. Lest aufmerksam die Tageszeitungen, dort findet ihr den Stoff, aus dem mein Gedicht ist. Nur die laute Wahrheit zwingt die Politiker in Berlin, endlich Wirksames gegen die Bandenkriminalität zu tun und damit Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, wie sie es uns versprochen haben.

Oder-Neiße-Hymne

Freundschaft mit allen Nachbarn ist schön,
Wenn die Nachbarn es auch so sehn!
Doch wir sind nicht mehr Herr im eigenen Haus,
Denn Diebe gehen bei uns ein und aus,
Sie kommen oft nachts auf krummen Wegen,
Da ihnen an unserm Eigentum gelegen,
Vielleicht, weil du mal abwesend bist
Verschwindet, was nicht niet- und nagelfest ist.

Zahllose Autos, Räder und Reifen werden gestohlen,
Bootsmotoren, Solarmodule, Kraftstoff kommen sie holen,
Ställe, Schuppen und Werkstätten brechen sie auf,
Durchstöbern Datschen, Keller, Wohnungen zuhauf:
Um Geld, Schmuck, Werkzeuge, Elektronik zu rauben,
Sie stehlen mit und ohne Hehler, kaum zu glauben:
Fallrohre, Dachrinnen, manches Metallgerüst,
Fast alles, was nicht niet- und nagelfest ist.

Traktoren, Bau- und Landmaschinen werden gestohlen
Und befinden sich in derselben Nacht schon in Polen,
Vielleicht übermorgen dann in einem andern Land,
Die Banden arbeiten professionell Hand in Hand.
Und die Polizei? Sie hat viel zu oft das Nachsehen,

Oder lässt die Diebe nach der Ausweiskontrolle gehen.
Das ermöglicht europäisches Recht, welch ein Mist,
Damit sie weiterstehlen, was nicht niet- und nagelfest ist.

Ein Leichenwagen samt Särgen wurde schon gestohlen,
Fahnder mußten die Toten aus Polens Wald zurückholen.
Ihnen ist nichts heilig, selbst Friedhöfe werden beraubt,
Buntmetall wird von Grab- und Denkmalen abgeschraubt.
Sie stehlen Kunstwerke, Altargeräte und Glocken,
Um den Verkaufserlös zu vertrinken oder zu verzocken.
Für reiche Beutezüge ersinnen sie manche List
Und nehmen mit, was nicht niet- und nagelfest ist.

Doch wer ist schuld an der Misere?
Wo ist unser Mut, unser Stolz, wo unsere Ehre?
Die Grenze weit geöffnet, weiter als ein Scheunentor,
Kein Polizist, kein Zöllner steht mehr davor
Vorbei am Fluß ein beschauliches Leben,
Wann wird es die ersten Toten geben?
Fluchen, weinen, zahlen! Bis zum großen Zwist?
Was kümmert es Warschau, was Berlin,
Wird uns geraubt, selbst was niet- und nagelfest ist.

Günter Fromm

WARUM SIND DIE TSCHETSCHENEN NOCH IN DER SÜDSTADT?

Im vorigen Jahr begrüßte Bürgermeister Galander mit großem Tamtam tschetschenische Asylantenfamilien, die in Wohnungen in der Rigaer Straße 3 und 7 eingewiesen wurden.

Wenn es nach Recht und Gesetz gegangen wäre, hät-

ten diese Leute nie nach Deutschland einreisen und dort Asyl beantragen dürfen. Internationale Verträge schreiben nämlich vor, daß das EU-Land, das Asylsuchende als erste betreten, diese aufzunehmen und ihre Anträge zu bearbeiten hat. Das wäre Polen. Dorthin hätte man sie sofort zurückschicken müs-



sen. Stattdessen sind sie aber heute noch da und pla-

nen wohl, auf Dauer zu bleiben. Europäisches Recht gilt immer nur, wenn Deutschland zahlen soll. Ansonsten wird es einfach nicht beachtet.

Wir fordern: Alle tschetschenischen Asylanten sofort abschieben, wie es das Recht verlangt!

KOMMEN ASYLANTEN INS PFLEGEHEIM IN DER HOSPITALSTRASSE?

Die Betreiber des Pflegeheimes in der Hospitalstrasse lassen gerade ein neues, größeres Gebäude in der Lindenstrasse errichten. Ende 2014 wird voraussichtlich der Umzug statt finden. Dann wird das alte Pflegeheim leer stehen.

Welcher neuer Verwendung wird man es zuführen?

Natürlich kann niemand sagen, was die Eigentümer vorhaben. Sicher ist allerdings, daß die Landesregierung verzweifelt nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten für Asylanten fahndet.

Die Anzahl der Asylanträge explodiert. Im Januar waren es 14463, im Februar 11200, im März 11280. Das sind ca. 70% mehr als im vorigen Jahr. Insgesamt sind über 100000 Asylanten für 2014 zu erwarten, zu denen noch andere Ausländer kommen, die nicht als Asylanten, sondern als "besondere Flüchtlinge" gelten.

Die Politiker, die das zulassen, benötigen Platz für die Neuankömmlinge. Da käme das Pflegeheim gerade recht. Vermutlich haben sie es schon im Visier. Wenn es so kommen sollte, werden die Anwohner vorher nicht gefragt werden. Die herrschenden Parteibonzen werden sich in heimlichen Kungelrunden einig werden und die Bürger dann in Blitzkriegsmanier überrumpeln. In der volksverachtenden Weise, die ihnen eigen ist. **Also wachsam bleiben!**

WARUM NICHT EINFACH MAL WOHNUNGSGELD BEANTRAGEN?

Viele Bürger scheuen sich, beim Staat finanzielle Unterstützungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Sie betrachten sich dann als Bittsteller, und genau dieses Gefühl wird ihnen von Politik und Medien auch bewußt vermittelt.

Man möchte das Geld nämlich gern behalten, weil man es für Asylanten und bankrotte Euroländer benötigt. Darauf sollte keiner hereinfliegen. Der Staat kannte noch nie

irgendwelche Hemmungen, sich seine Steuern, Gebühren und Beiträge zu holen.

Also besteht kein Grund für den berechtigten Bürger, etwa auf Wohnungsgeld zu verzichten. Abgesehen von Menschen mit, gemessen an den Maßstäben unserer Region, außergewöhnlich hohem Einkommen sowie Hartz-IV- und Grundsicherungsempfängern, die ihre Kosten der Unterkunft vom Job-Center erhalten, dürfte fast jeder

Mieter und Eigenheimbesitzer wohnungsberechtigt sein. Ob Rentner, Arbeitnehmer, kleiner Selbstständiger oder Empfänger von Arbeitslosengeld I. Exakte Einkommengrenzen gibt es nicht, da ein möglicher Anspruch nicht nur vom Einkommen, sondern auch von der Anzahl der Haushaltsmitglieder und der Höhe der Miete abhängt.

Als Faustregel kann aber gelten, daß ein Alleinlebender, dessen Einkünfte 900 Euro

netto im Monat nicht überschreiten, noch Chancen auf Wohnungsgeld haben dürfte. Bei Familien kann der Verdienst auch höher sein, wobei das Kindergeld, anders als bei Hartz IV, nicht als Einkommen gewertet wird.

Es tut nicht weh und kann sich durchaus lohnen, sich bei der Anklamer Wohnungsgeldstelle im Rathaus II, Burgstrasse 15, Raum 7 zu melden und dort beraten zu lassen.



Härtere Regeln für Hartz-IV-Empfänger

Die Bundesagentur für Arbeit möchte beim Arbeitslosengeld II Veränderungen durchsetzen. Angeblich geht es darum, "Bürokratie abzubauen".

In Wirklichkeit will die Behörde alles los werden, was Arbeit macht. Natürlich auf Kosten der betroffenen Bür-

ger. Strafmaßnahmen sollen verschärft werden. Wer einmal einen Termin verpaßt, dem würden dann statt 10% wie heute gleich 30% der Leistungen weggekürzt werden.

Selbstständige sollen nur noch maximal zwei Jahre lang Hartz IV als Aufsto-

ckung bekommen und dann gezwungen werden, ihr Geschäft dicht zu machen. Bei einem Umzug in eine teurere Wohnung soll generell nur noch die günstigere Miete der früheren Unterkunft gezahlt werden.

Insgesamt umfassen die Vorschläge der Bundesagentur

63 Seiten, auf denen sich sicherlich noch mehr unangenehme Überraschungen befinden dürften. Noch ist nichts entschieden.

Kann sich die Behörde mit ihren Wünschen aber durchsetzen, werden die neuen Regeln im Laufe des nächsten Jahres in Kraft treten.

DEUTSCHE SIND EUROPÄER ZWEITER KLASSE

Deutschland hat im Europaparlament viel weniger Sitze, als ihm nach seiner Bevölkerungszahl zustünde.

Daraus folgt, daß die Stimme eines Bulgaren etwa doppelt so viel wert

ist wie die eines Deutschen.

Die eines Bewohners der Insel Malta 12 mal so viel. Aber bezahlen darf Deutschland 27% aller Eurorettungsmaßnahmen.

Das ist antideutscher Rassismus.

Die Europäische Union behandelt unser Land wie eine Kolonie. Und die herrschenden BRD-Parteien helfen ihr dabei!

HEIMLICHE DIÄTENERHÖHUNG

In aller Stille wurden die Diäten der Landtagsabgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern zum 1. Januar 2014 angehoben. Unbemerkt von den hiesigen Qualitätsmedien, und ohne Debatte im Parlament.

Ein übler Winkeladvokatentrick machte dies möglich. Die herrschenden Politiker schrieben ins Abgeordnetengesetz, daß die Diäten immer automatisch ansteigen, wenn die Bezüge der Richter erhöht werden.

Dadurch umgeht man das Erfordernis eines Landtagsbeschlusses, der womöglich Unmut gegen sich "demokratisch" nennende Parteien im Volke auslösen würde.

Statt 5393,10 Euro kassieren die Volksvertreter nun 5525,97 Euro brutto - satte 132,87 Euro mehr. Es versteht sich von selbst, daß die NPD-Abgeordneten seinerzeit gegen diese

skandalöse Gesetzesänderung stimmten und das Geld an die Bürger zurück geben, etwa bei Kinderfesten oder in Anklam der Aktion "Diätenerhöhung für Kinder" in Form von verschenkten Schulsachen und Kinderbüchern, die heutzutage bei besonders durch geknallten Gesinnungswächtern unter Rassismusverdacht stehen.

Das wären zum Beispiel - kein Witz! - Pippi Langstrumpf, die kleine Hexe, die Biene Maja und sogar die Schlümpfe.

Übrigens hat der Bundestag das Schweriner Modell zur Verheimlichung von Diätenerhöhungen jetzt übernommen. Immer wenn die Bezüge der Bundesrichter steigen, bekommen die Bundestagsabgeordneten automatisch mehr Geld.

Keine Debatte, kein Parlamentsbeschluß, keine Zeitungsmeldung. Von Schwerin lernen heißt kassieren lernen!

KEINE STOLPERSTEINE FÜR DEUTSCHE OPFER



Wieder mal wurden in Anklam für Opfer des NS-Regimes Stolpersteine verlegt, diesmal in der Keilstrasse.

Keine Stolpersteine gibt es für die Opfer des alliierten Bombenterrors, der Gewaltherrschaft der Roten Armee und der SED-Diktatur. Man könnte meinen, es hätte die Wende nie gegeben.

Würde das kommunistische Regime noch existieren, sähe die offizielle Gedenkkultur nicht viel anders aus als heute.

Bloß kein Wort zu Verbrechen der Sowjets und ihrer Helfershelfer. Obwohl die immerhin 45 Jahre über Anklam geherrscht haben und die Nationalsozialisten nur 12.